

## Der Einfluss politischer Faktoren auf das kleinlitauische Schulwesen 1871-1933

Seit dem 16. Jahrhundert gab es in Kleinlitauen Schulen, die zunächst als Ausdruck des politischen Willens und in enger Verbindung mit der Reformation gegründet worden waren. Das Schulwesen, ein wichtiger Bestandteil der Sozialreformen Herzog Albrechts, prägte zum großen Teil die Herausbildung einer protestantischen litauischen Kulturtradition und ihrer Entwicklung in Kleinlitauen. Eine elementare Schulbildung war im preußischen Staat als Grundlage für die Religionsausübung Pflicht, und die positiven Folgen dieser Kulturtradition für die Entwicklung der Bildung in Kleinlitauen lassen sich nicht bezweifeln: Mitte des 19. Jahrhunderts kamen auf 19,26 Millionen preußische Einwohner 2,83 Millionen Schüler,<sup>1</sup> also ein Schulkind auf je sieben Einwohner. Die Zahl der Schüler im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung war damit weit höher als im russischen Teil Litauens: Im Gouvernement Wilna kamen 150 Einwohner auf einen Schüler, und im Gouvernement Kaunas war das Verhältnis 196:1.<sup>2</sup>

In Preußen kam es zu einem Assimilierungsprozess der nationalen Minderheiten auf der Grundlage sozial-politischer, ökonomischer und kultureller Faktoren. Dies betraf auch die Schulen Kleinlitauens. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging in den national gemischten Regierungsbezirken Gumbinnen und Königsberg die Zahl der litauischen und masurischen Schüler relativ zurück. Im Jahre 1817 waren von den insgesamt 55.371 Schülern des Regierungsbezirks Gumbinnen 16.547 Polen und 11.540 Litauer, während sich 1852 unter 117.895 Schülern

---

<sup>1</sup> WOLFGANG NEUGEBAUER, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Handbuch der Preußischen Geschichte, hrsg. von OTTO BÜSCH, Band II, Berlin / New York 1992, S. 708.

<sup>2</sup> MEILĖ LUKŠIENĖ, Švietimo istorijos bruožai 19. a. pirmoje pusėje (Grundzüge der Bildungsgeschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts), Bd. 4, Kaunas 1970, S. 271f.

22.312 Polen und 20.917 Litauer befanden.<sup>3</sup> Die Hauptursache für diesen Prozess lag in der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der besonders die Abwanderung aus dem Dorf in Industrieregionen mit besseren Verdienstmöglichkeiten ins Gewicht fiel.

Nach 1871 wurden im vereinigten, multinationalen Deutschen Reich radikale Reformen eingeleitet, welche die Bildungssituation in Kleinlitauen grundlegend veränderten. Offensichtlich standen die Schulen unter starkem Einfluss der Bismarck'schen Nationalpolitik. Maßnahmen und Erfolge dieser Politik sind detailliert in der Arbeit von K. Gudās beschrieben<sup>4</sup>, darum seien hier nur einige politische Aspekte unterstrichen, die charakteristische Züge des Bildungssystems Kleinlitauens um die Jahrhundertwende im Kontext von Schule und Politik aufzeigen.

Otto von Bismarcks Nationalpolitik zielte auf eine innere Vereinigung im Gebiet deutscher Kultur und Tradition, auf die Assimilation der nationalen Minderheiten. Bereits mit dem Gesetz von 1865, in dem die Einführung von zweisprachigen Lehrbüchern angeordnet wurde, verlieh die Regierung Preußens ihren Bemühungen Ausdruck, die Schulen Kleinlitauens zu germanisieren. Damals wurden in den Schulen Kleinlitauens die Lehrbücher von Mikelis Šapalas und Franz Schroeder verwendet, deren Texte gleichwertig in Deutsch und Litauisch gedruckt waren; zweifelsohne förderten diese die Ausbreitung der deutschen Sprache in den Bildungseinrichtungen. Bis 1872 gab es in Deutschland kein für alle Provinzen einheitlich gültiges Schulgesetz, die Volksbildung in Preußen wurde durch das Kultusministerium geregelt. Das heißt, dass in Ostpreußen (wie auch in anderen Reichsprovinzen) die Grundschulen von der evangelischen Kirche kontrolliert wurden. Diese Situation war für die Reichsregierung jedoch nicht zufrieden stellend: Während mehrerer Jahrhunderte war es nicht gelungen, die Grundschule zu einer Bastion der Germanisierung der litauischen und masurischen Minderheit zu erheben, denn die Kirche besaß nicht die nötigen materiellen Ressourcen und politischen Druckmittel; auch bekannte sich ein Teil der evangelischen Pfarrer nicht zur deutschen Nationalität. Höchstwahrscheinlich kam hierbei auch das traditionelle protestantische Prinzip zu Tragen, allen Völkern das Evangelium in ihrer Sprache zu verkündigen. Aus diesen Gründen wollten die Führungsschichten des Reiches erreichen, dass die Schulaufsicht auf den weltlichen Bereich überging. Außerdem war dies

---

<sup>3</sup> KURT FORSTREUTER, *Wirkungen des Preussenlandes*, Köln 1989, S. 332f.

<sup>4</sup> KESTUTIS GUDAS, *Mažosios Lietuvos lietuvių tautinė padėtis 19. a. pabaigoje* (Die nationale Situation der Preußisch-Litauer Ende des 19. Jahrhunderts), Vilnius 1992.

mit ökonomischen und sozialen Veränderungen im Reichsinneren verknüpft.

Die Kirche verlor mit dem 11. Mai 1872 das Recht auf die Grundschulaufsicht, als ein allgemeines, für das gesamte Reich gültiges Schulgesetz bestätigt wurde. Kirchliche und private Schulen wurden dem Kultus- und Bildungsministerium unterstellt, und in den Kreisen den Landräten und Schulinspektoren untergeordnet. Am 15. Oktober 1872 verkündete der Reichstag die Pflicht, Deutsch in der Schule zu lehren; diese Anordnung galt für die Schulen aller Nationalitäten, Konfessionen, Regionen und Stufen.<sup>5</sup> Darauf hin wurden die deutschen und litauisch-deutschen Schulen in den Regierungsbezirken Gumbinnen und Königsberg nach Anweisung des Oberpräsidenten der Provinz, Georg von Horn, vom 24. Juli 1873 umgestaltet. Litauisch blieb nur noch für drei Jahre als Sprache für den Religionsunterricht erhalten. Infolge wiederholter Petitionen kehrte die litauische Sprache später wieder in die Schulen zurück, und der gleiche Präsident Horn erteilte am 2. Juli 1880 die Anweisung, dass in Gemeinden, wo mehrheitlich Litauer lebten, Religionsunterricht auf Litauisch in Schulen aller Stufen unterrichtet werden sollte.<sup>6</sup> Diese Anweisung wurde nur schleppend umgesetzt – nach wenigen Jahren, im Dezember 1882, wurde dem Kultusminister Gustav Gosler wieder eine Petition mit 8000 Unterschriften aus Memel, Heydekrug, Tilsit, Ragnit und Pillkallen sowie aus den Kreisen Niederung und Labiau überreicht, die Religionsunterricht in litauischer Sprache forderte.<sup>7</sup>

Am 18.4.1874 erließ der Kultus- und Bildungsminister Adalbert Falk eine Anweisung, in der ganz offene Germanisierungsbestrebungen zutage traten; in ihr hieß es, dass „kein Zweifel gehegt werden kann, daß das Lernziel kein anderes sein kann, als die litauische Sprache auszurotten“<sup>8</sup>. Um dieses Ziel in die Tat umzusetzen, wurden weitreichende Staatsfinanzierungen für die Bildung bewilligt. Allein im Kreis Heydekrug wurden 1871-1890 insgesamt 36 neue Grundschulen eingerichtet.<sup>9</sup> Mehrheitlich waren diese Schulen rein deutsch und nur zum Teil gemischt, aber von der Bildungsbehörde nach deutschem Lehrprinzip eingerichtet. Eine

---

<sup>5</sup> Ebd., S. 38.

<sup>6</sup> Denkschrift Kreisschulamt Tilsit, Die Litauer in Preussen und ihre Bestrebungen (Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Nordostdeutsches Archiv [im folgenden: INKNA], Signatur P 1.1/36), S. 71f.

<sup>7</sup> Isz Lietuvos (Aus Litauen), in: Aušra (Morgenröte), Nr. 1 (1883), S. 22.

<sup>8</sup> GUDAS, Mažosios Lietuvos (wie Anm. 4), S. 39.

<sup>9</sup> JOHANNES SEMBRITSKY/ARTHUR BITTENS, Geschichte des Kreises Heydekrug, Memel 1920, S. 182.

dieser Dorfschulen des Kreises Heydekrug besuchte auch der berühmte Kleinlitauer Dr. Vilius Gaigalaitis. In seinen Erinnerungen charakterisierte er die Schule wie folgt:

„Die Mehrzahl der Schüler waren Litauer, aber in der Schule wurde nur deutsch gelehrt. Nur in seltenen Fällen gab man Litauisch zu lesen auf – aus dem Neuen Testament oder dem Katechismus – oder aus dem Katechismus aufzusagen. Die Deutschen machten sich deshalb über uns lustig, aber wir ärgerten und schämten uns.“<sup>10</sup>

Diese Erinnerung von V. Gaigalaitis spiegelt mehr oder weniger den Wendepunkt im Bewusstsein der Kleinlitauer wieder, als sie sich zum Litauertum wandten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man mit Zivilisationskultur nur das Deutschtum und die historischen Fakten, die von der deutschen Schule weitergegeben wurden, verbunden. Eine analoge Situation existierte Ende des 19. Jahrhunderts auch in den polnischen Schulen, die Litauer aus Großlitauen besuchten. Vytautas Kavolis hat richtig beobachtet, dass der Kontrast zwischen der primitiven litauischen Dorfkultur und der von Polen gelehrt westlichen Zivilisation derartig deutlich war, dass man sich meistens seiner litauischen Herkunft zu schämen begann und die polnische Kultur die einzige schien, die für den gebildeten Menschen Wert besaß. Der bedeutende litauische Philologe Jonas Jablonskis erinnert sich:

„Freunde, Litauer und Polen, im Gymnasium redeten wir miteinander polnisch. Litauisch erschien uns, der ‚ernsten Intelligenz‘, als nicht passend...“<sup>11</sup>

Dasselbe erlebte Vincas Kudirka, der zum Symbol der Wiedergeburt des litauischen Volkes wurde:

„Besonders fürchtete ich, dass meine Freunde erführen, dass ich Litauisch konnte. Diese Tatsache konnte verraten, dass ich vom Land kam.“<sup>12</sup>

Die Tätigkeit von Schulinspektoren und Lehrern spiegelte sich im Bildungssektor der Großmachtpolitik wider: Litauische Schulen wurden durch Zusammenlegung vernichtet, bewusst wurde die Anzahl der litauisch sprechenden Schüler vermindert u.a.m. Bis 1884 verblieb im Kreis

<sup>10</sup> Prof. dr. V. GAIGALAIČIO atsiminimai (Prof. Dr. V. Gaigalaitis: Erinnerungen), in: Lietuvos Pajūris (Strand Litauens), Februar 1987.

<sup>11</sup> VYTAUTAS KAVOLIS, Žmogus istorijoje (Der Mensch in der Geschichte), Vilnius 1994, S. 28.

<sup>12</sup> VINCAS KUDIRKA, Raštai (Schriften), Bd. 1, Vilnius 1989, S. 8.

Memel nicht eine einzige rein litauische Schule, obwohl 80% aller Schüler litauisch waren.<sup>13</sup>

In der Kulturkampfpolitik übernahmen die Lehrer eine wichtige Rolle, da sie die Aufgabe hatten, das Weltbild der deutschen Bürger zu formen. Die Anforderungen an die Qualifikation der Lehrer stiegen, gleichzeitig wurde ihre politische Haltung zur nationalen Frage relevant. Darum mussten Litauer, die in die Lehrerseminare aufgenommen wurden, nicht nur gut Deutsch können, sondern hatten auch eine spezielle Prüfungskommission zu durchlaufen; zusätzlich führten die Seminare in den Kreisen allmonatlich ideologische Weiterbildungen durch.<sup>14</sup> Um zu erreichen, dass deutsche Lehrer in gemischten Schulen arbeiteten, plante man von vornherein Versetzungen von Lehrern, und nicht selten wichen litauische Lehrer der Pflicht aus, zweisprachig zu unterrichten, wie es in armen Schulen mit niedrigem Gehalt üblich war. Sie versuchten oft, in polnische Kreise versetzt zu werden, wo sie für den zweisprachigen Unterricht noch eine Gehaltszulage erhielten. Es gab auch solche Fälle, in denen litauische Lehrer eine Versetzung in rein deutsche Schulen erstrebten. Nach Meinung von Vincas Vileišis gab es in den siebziger und achtziger Jahren nur einen geringen Prozentsatz von Lehrern, darunter viele gute, die aus Kleinlitauen in die polnischen Kreise abwanderten.<sup>15</sup> So führte die Lehrerausbildung und –versetzung unter der ostpreußischen Verwaltung nicht nur zu einer Beschleunigung der Germanisierung des Schulwesens, sondern hemmte auch die Entwicklung einer litauischen Intelligenz sowie deren Konsolidierung.

Die Bismarck'sche Bildungspolitik strebte danach, die Schüler auf der Basis einer vereinheitlichten deutschen Kultur und Tradition zu deutschen Bürgern zu erziehen. Sie führte zur Vermehrung von Dorfschulen und bestimmte die rasche Germanisierung Jugendlicher litauischer Herkunft. Besonders deutlich spiegelt sich diese Tendenz in den west- und südwestlichen Kreisen Kleinlitauens wider, wo die Litauer eine klare Minderheit darstellten und sich näher an der deutschen Kulturregion befanden. Auf diese Weise realisierte sich das von Kultusminister Gustav

---

<sup>13</sup> WALTER HUBATSCH, *Masuren und Preussisch-Litauen in der Nationalitätenpolitik Preussens 1870-1920*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 14 (1965), S. 21.

<sup>14</sup> GUDAS, *Mažosios Lietuvos* (wie Anm. 4), S. 47f.

<sup>15</sup> VINCAS VILEIŠIS, *Tautiniai santykiai Mažosioje Lietuvoje ligi Didžiojo karo istorijos ir statistikos šviesoje* (Nationale Beziehungen in Preußisch-Litauen vor dem Ersten Weltkrieg. Geschichtliche und statistische Aspekte), Kaunas 1935, S. 149.

Gossler anmaßend formulierte Ziel: „Der Litauer hat kein Recht, Litauer zu sein.“<sup>16</sup>

Diese Grundzüge dieser Bildungspolitik wurden im Gesetz zur Unterhaltung der Grundschulen vom 28. Juli 1906 deutlich. Es befasste sich mit der Finanzordnung der Schulen, dem Religionsprinzip der Volksschulen u.a.,<sup>17</sup> gemeinsam mit den Richtlinien für das allgemeine Bildungssystem (am 15. Oktober 1872 vom Reichstag angenommen) unterstrich man in diesem Gesetz auch die Rechte der kleinlitauischen Einwohner in Bezug auf Schulfragen. Trotz der litauischen Diskriminierung in den Schulen war eine große Zahl litauischsprechender Kleinlitauer übrig geblieben. 1910-1912 bezeichneten sich in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen nach einer Erhebung, die sich auf Angaben von Kirche und Schule stützte, 25,1% der Einwohner als Litauer. Im Regierungsbezirk Königsberg waren sogar 46,6% aller Schüler Litauer, im Regierungsbezirk Gumbinnen in den Kreisen Ragnit, Labiau und Pillkallen etwas weniger (nur 10%). Die Litauer, die nur einen kleinen Bevölkerungsanteil in Preußen ausmachten, hatten schwerer um ihre Schulen zu kämpfen als die Polen, von denen Anfang des 20. Jahrhunderts etwa 3,3 Millionen in Preußen lebten, während es nur 120.000 Litauer gab.<sup>18</sup>

Für den Anfang des 20. Jahrhunderts lässt sich beobachten, dass die Kleinlitauer ihre litauischen Schulen gegenüber den preußischen Behörden mit großer Entschiedenheit verteidigten. Der Abgeordnete des Preußischen Landtags, Dr. Vilius Gaigalaitis, charakterisierte in seiner Rede vom 23. März 1904 die unbefriedigende Lage der litauischen Schulen folgendermaßen: In den Schulen, die Litauer besuchten, könnten die Lehrer häufig kein einziges Wort Litauisch. Gaigalaitis bat darum, dass Religionsunterricht in litauischer Sprache garantiert werden solle. Von der „Lietuviška ceitunga“ wurde er aufgrund seiner recht diplomatisch formulierten Rede scharf kritisiert.<sup>19</sup> Gestützt auf die öffentliche Meinung, hielt V. Gaigalaitis am 22. März 1912 im Landtag eine weit radikalere Rede über die Verletzung litauischer Rechte im Bildungssystem. Formell sprachen sich auch die Abgeordneten der Deutschen Konservativen für den

<sup>16</sup> Denkschrift Kreisschulamt Tilsit, Die Litauer in Preussen und ihre Bestrebungen (INKNA, Signatur P. 1.1/36). S. 74.

<sup>17</sup> NEUGEBAUER, Bildungswesen in Preußen (wie Anm. 1), S. 751.

<sup>18</sup> VILEIŠIS, Tautiniai santykiai Mažojoje Lietuvoje (wie Anm. 15), S. 163f., 168, 171.

<sup>19</sup> Deputato dr. V. Gaigalaičio kalba Landtage 1904 kovo 23 d. (Rede des Abgeordneten Dr. V. Gaigalaitis im Landtag, 23. März 1904), in: Lietuviška ceitunga (Litauische Zeitung) vom 3. Mai 1904.



Religionsunterricht in litauischer Sprache aus. Bewusst benutzten sie die litauische Schulfrage für ihre Wahlkampagne. Derartige Parolen sollten ihm litauische Stimmen sichern, eine prinzipielle Lösung des Problems war von dieser Seite nicht zu erwarten. Dies kritisierte der polnische Vertreter Wojciech Korfanty vor dem Preußischen Landtag.<sup>20</sup> Weder die Reden der Abgeordneten noch die früher verfassten Petitionen änderten die von der Bismarck'schen Regierung verabschiedete Schulordnung, und die Resultate dieser unveränderten Politik zeigten sich nach einigen Jahrzehnten sehr deutlich. Zweifellos hatte die Schulpolitik als einer der wichtigsten Faktoren der deutschen Politik die politische Orientierung der Kleinlitauer beeinflusst. Diese blieb nämlich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs traditionell, was hieß, dass man die staatliche Priorität Deutschlands anerkannte. Im Kreis Heydekrug, wo die Hälfte aller Einwohner litauischstämmig war, wurde Anfang 1919 im Kontext des Versailler Vertrages und der Memelfrage eine Abstimmung durchgeführt, deren Initiator der bekannte Heydekruger Gutsbesitzer Hugo Scheu war. Von den 21.730 Stimmberechtigten votierten 20226, d.h. etwa 93%, gegen die Übergabe des Memellandes an Litauen.<sup>21</sup> Auch wenn man davon ausgeht, dass die Voten unter Druck abgegeben wurden und eine Zwangsatmosphäre geherrscht haben könnte, ist nicht zu übersehen, dass die absolute Mehrheit keinerlei Veränderungen wünschte. Diese Tatsache macht es notwendig, die oft schablonenhafte Wertung der kleinlitauischen politischen Orientierung 1918/19, bei der der Akt von Tilsit vom 30. November 1918 verabsolutiert wird, kritischer zu sehen.

Immerhin war das dramatisch hohe Tempo der Germanisierung augenfällig. In einem traditionell litauischen Kreis wie Heydekrug sprach 1918/19 von 7.471 Schülern der größere Teil (4.440) nur Deutsch.<sup>22</sup> Das kleinlitauische Litauisch hielt sich vor allem in der Umgangssprache auf dem Dorf, wie auch in der kirchlichen Praktik und den pietistischen Versammlungen. Dennoch wurde sowohl die gesprochene wie auch die geschriebene litauische Sprache rasch mit deutschen Ausdrücken durchtränkt, da der Wortschatz der deutschen Armee, die Handwerkslexik sowie Orts- und Eigennamen übernommen wurden. All dies war die

---

<sup>20</sup> ANSAS BRUOŽIS, *Mažosios Lietuvos mokyklos ir lietuvių kova dėl gimtosios kalbos* (Schulen in Preußisch-Litauen und der Kampf um die Muttersprache), Kaunas 1935, S. 50, 67.

<sup>21</sup> Hugo Scheu raštas Rytprūsių provincijos prezidentui Batocki (Bericht von Hugo Scheu an den Präsidenten Ostpreußens Batocki), Lietuvos Mokslo Akademijos bibliotekos Rankraščių skyrius (Handschriftenabteilung der Bibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaft), F.170-2688, S. 10f.

<sup>22</sup> SEMBRITSKI/BITTENS, *Geschichte des Kreises Heydekrug*, (wie Anm. 9), S. 182.

offensichtliche Folge dessen, dass schon mehrere Generationen von Kleinlitauern in der Schule nicht mehr Litauisch gelernt hatten.

Nach 1919 erlebten die kleinlitauischen Schulen neue politische Wirren. Hier ist von der Politik mehrerer Staaten im Hinblick auf die kleinlitauischen Schulen zu sprechen, denn Kleinlitauen fand sich zunächst auf dem Gebiet der Weimarer Republik und seit 1923 in Litauen wieder. Paragraph 118 der Verfassung der Weimarer Republik unterstrich klar die Rechte der nationalen Minderheiten: freie Entfaltung, besonders auf Gebrauch der Muttersprache und der Ausbildung in ihr, auch in den Schulen. Am 9. April 1919 wurde auf Anweisung des neuen Kultusministers, Konrad Haenisch, im nördlichen Ostpreußen, d.h. in Kleinlitauen, Religionsunterricht auf Litauisch gestattet, ebenso konnte man eine gewisse Zeit lang Litauisch lesen und schreiben lernen, aber die Hauptsprache in den Schulen blieb das Deutsche.<sup>23</sup>

Die Litauer hatten Grund zu hoffen, dass ihr Recht auf die Einbeziehung des Litauischen in den Schulunterricht realisiert würde. Doch dies geschah nicht, obwohl eine recht große Zahl der Einwohner Ostpreußens litauisch sprach: 1930 lebten nach offiziellen statistischen Angaben, die höchstwahrscheinlich niedriger lagen als die tatsächlichen Zahlen, in Ostpreußen 20.000 Litauer; die litauischen Organisationen in Ostpreußen behaupteten damals, dass es sogar 60.000 Litauischsprachige gebe.<sup>24</sup> Häufig gelang es den Litauern, private Einrichtungen zu gründen – Grundschulen, einen Kindergarten sowie private litauische Sprachkurse.<sup>25</sup> Diese Lage befriedigte die ostpreußischen Litauer natürlich nicht. Die litauische Zeitung „Naujasis Tilžės keleivis“ diskutierte als einzige dieses Problem häufig und versuchte, das Interesse der ostpreußischen Regierung darauf zu lenken. Als man der dänischen Minderheit 1926 das Recht auf Schulgründungen zusprach, ermutigte dies die ostpreußischen Litauer, die Schulfrage erneut zur Diskussion zu bringen.<sup>26</sup> Ernsthafte Anstrengungen in der Schulfrage bestimmten auch die Aktivitäten der „Vokietijos lietuvių susivienijimas“ (Vereinigung der Litauer Deutschlands): Am 19. Februar 1929 wurde eine Resolution angenommen, in der dagegen prote-

<sup>23</sup> HUBATSCH, Masuren und Preussisch-Litauen (wie Anm. 13), S. 51.

<sup>24</sup> VACYS BAGDONAVIČIUS, Prūsijos lietuvių situacija Lietuvos nepriklausomybės metais (Die Situation der Preussisch-Litauer während der Unabhängigkeit Litauens), in: Lietuvininkų kraštas (Das Land der Kleinlitauer), S. 310; Litauer svetur (Litauer außerhalb), in: Trimitas (Trompete), Nr. 18 vom 30. April 1931, S. 355.

<sup>25</sup> BAGDONAVIČIUS, Prūsijos lietuvių situacija (wie Anm. 24), S. 310.

<sup>26</sup> Danų mažuma gaus mokyklą (Die dänische Minderheit erhält Schulen), in: Naujasis Tilžės keleivis (Neuer Tilsiter Wanderer), 20. Februar 1926.



stiert wurde, dass die Regierung ein Schulgesetz für die in Deutschland lebenden Polen und Dänen erlassen habe, ohne die Interessen der Wenden, Friesen und Litauer zu berücksichtigen. Bald darauf sandte der „Vokietijos lietuvių susivienijimas“ Bitten um Gründung litauischer Schulen an die Regierung.<sup>27</sup> 1931 gelang es der Organisation, eine Genehmigung für Schulgründungen in Tawe, Gilge, Schillgallen, Dvischaken und Sentainen zu erlangen.<sup>28</sup> Doch löste die ostpreußische Regierung das litauische Schulproblem nicht prinzipiell, wie sie sich auch im Allgemeinen in jegliche Kulturarbeit der Litauer einmischte. Dies zeigt sich an einer Reihe von Faktoren. In der litauischen Presse jener Zeit wurde die Eigenmächtigkeit der Lokalverwaltungen unterstrichen:

„Die Regierung in Königsberg und noch weniger in Berlin wird kaum den Beamten Anweisung geben, die Litauer zu verfolgen, aber wie die ostpreußischen Beamten die Litauer unterdrücken, das schadet Königsberg und Berlin. [...] Heute, zehn Jahre nach dem Krieg, regiert die ostpreußische Beamtenschaft in kriegesischem und rachsüchtigem Geist“<sup>29</sup>.

Selbst wenn wir diese Äußerungen der litauischen Propaganda zuordnen, lässt sich nicht völlig verneinen, dass die „örtlichen Initiativen“ hinsichtlich der Litauer in der ostpreußischen Politik nicht rechtmäßig waren. In der litauischen Presse Ostpreußens wurde dieser Meinung grundlegend zugestimmt:

„Bis jetzt ist man häufig gegen die Minderheit vorgegangen. Man wird die Regierung dafür nicht beschuldigen können und muss es auch nicht: Hier wirken andere Kräfte, und wenn man sie benennt, dann sind dies in erster Linie die Mitglieder von ‚Stahlhelm‘ und ‚Werwolf‘“<sup>30</sup>.

Eines der deutlichsten Beispiele für die Eigenmächtigkeit eines ostpreußischen Lokalbeamten war mit der Bitte des „Vokietijos lietuvių susivienijimas“ an die Gumbinner Regierung verbunden, litauische Sprachkurse für

<sup>27</sup> Vokietijos tautinių mažumų reikalavimai (Die Ansprüche der Minderheiten in Deutschland), in: Naujasis Tilžės keleivis, 27. Februar 1929; Prūsų lietuviai kovoja už savo teises (Preußisch-Litauer kämpfen um ihre Rechte), in: Naujasis Tilžės keleivis, 10. September 1929.

<sup>28</sup> Litauer svetur (Litauer außerhalb), in: Trimitas, Nr. 19 vom 7. Mai 1931, S. 376.

<sup>29</sup> Kaip vokiečiai engia Prūsų lietuvius (Wie die Deutschen auf die Preußisch-Litauer Druck ausüben), in: Trimitas, Nr. 32 vom 18. August 1927, S. 1017.

<sup>30</sup> Atsiminė tautinių mažumų (Man erinnert sich der Minderheiten), in: Naujasis Tilžės keleivis, 27. Februar 1926; Latviškas laikraštis apie prūsų lietuvius (Lettische Zeitungen über Preußisch-Litauen), in: Naujasis Tilžės keleivis, 30. Januar 1926.

Kinder bis zu 14 Jahren einzurichten. Anstatt die Gründung zu genehmigen, forderte die Behörde auf, die Namen der Eltern zu nennen, die ihre Kinder in litauische Sprachkurse schicken wollten.<sup>31</sup> Die ostpreußische Verwaltung gewährte den Litauern keine Rechte, was sich auf eine rein ideologische Haltung stützte: Jeder Funke einer litauischen Nationalbewegung wurde als staatsfeindliche Tätigkeit behandelt, die Litauer nicht als nationale Minderheit anerkannt. Man behauptete, sie seien germanisierte Prussen u. Ä.

In der Schulpolitik spielten auch Finanzprobleme eine wesentliche Rolle. 1930 empfahl der deutsche Finanzminister einen Plan, nach dem in drei Jahren 100 Millionen Mark durch die Streichung von 10.000 Lehrerstellen eingespart werden sollten. Damit hätten von 100 Lehrern zehn ihre Arbeit verloren.<sup>32</sup> Im Hinblick auf diese Tendenzen fällt es schwer zu glauben, dass litauische Schulen gegründet werden sollten. Die Bemühungen der ostpreußischen Litauer im Kulturbereich blieben erfolglos und führten zu offenen Konfrontationen. Offensichtlich trug dazu auch die litauische Regierung durch ihre Tätigkeit im Tilsiter Konsulat bei, da sie nicht vermochte, alle Kräfte zu konsolidieren, die am Erhalt der litauischen Kultur in Ostpreußen interessiert waren.<sup>33</sup>

Glücklicher gestalteten sich die litauischen Schulangelegenheiten im Memelland. Auf Grund der jahrhundertelangen Zugehörigkeit zu Deutschland hatte sich hier das deutsche Bildungssystem eingebürgert. Auf dieser Grundlage lässt sich behaupten, dass die Schulen im ersten Jahrzehnt nach dem Anschluss im Memelland eine wichtige politische Rolle spielten. Im Jahre 1923 gab es in der Region 238 Grundschulen, doch nur in einer wurde Litauisch unterrichtet, hinzu kam ein litauisches Gymnasium.<sup>34</sup> Im folgenden Jahr trat die Memellandkonvention in Kraft, die in mehreren Artikeln die Schultätigkeit reglementierte: Artikel 27 unterstrich die Gleichberechtigung der litauischen und deutschen Sprache und Artikel 25 verkündete, dass das Bildungsprogramm der Schulen kein niedrigeres Niveau als vergleichbare in Litauen haben dürfe. Diese juristische Norm war günstig für die litauische Regierung und hatte die Absicht,

---

<sup>31</sup> Vokietijos tautinių mažumų konferencija Berlyne (Konferenz der deutschen nationalen Minderheiten in Berlin), in: *Naujasis Tilžės keleivis*, 14. September 1929.

<sup>32</sup> Nori panaikinti 10.000 mokytojų vietų Prūsijoje (In Preußen sollen 10.000 Lehrerstellen gestrichen werden), in: *Naujasis Tilžės keleivis*, 9. August 1930.

<sup>33</sup> BAGDONAVICIUS, Prūsijos lietuvių situacija (wie Anm. 24), S. 312-322.

<sup>34</sup> Įvairios žinios (Verschiedene Nachrichten), in: *Trimitas* Nr. 155 vom 6. September 1923, S. 4; PETRONĖLĖ ŽOSTAUTAITĖ, *Klaipėdos kraštas 1923-1939 (Das Memelland 1923-1939)*, Vilnius 1992, S. 202, 213.

das Recht auf litauische Sprache in den Schulen zu überprüfen. Dies ließ die Hoffnung zu, langfristig eine dominierende Rolle im kulturellen Leben der Region zu erringen. Diese Absichten wurden auch von dem Glauben unterstützt, dass ein Teil memelländischer Einwohner mit litauischer Herkunft an litauischen Schulen interessiert sein würde, was zweifelsohne in politischem Interesse Litauens lag. Auch Deutschland verfolgte hier seine Interessen, und so bemühte sich jede Seite, jeden undefinierten Raum der Memellandkonvention so weit wie möglich auszunutzen, was bis zu juristischen Spitzfindigkeiten ging. In diesem Sinne enthielt schon der Einleitungstext des Statuts unterschiedlich interpretierbare Aussagen. Dort hieß es, dass die Autonomie den „Einwohnern der Region mit ihren traditionellen Rechten und der Bewahrung ihrer Kultur“ erteilt werde.<sup>35</sup> Die litauische Regierung unterstrich die Bedeutung der Autonomie, was für sie hieß, dass die Bildung Staatsangelegenheit sei. Ihre Opponenten hoben Artikel 5 hervor, in dem es hieß, dass die Bildungssphäre der Kompetenz der Autonomiebehörde zuzurechnen sei.<sup>36</sup>

Nach 1923 hoffte die litauische Regierung, das Prinzip der Gleichberechtigung der litauischen Sprache in der Volksschularbeit einrichten zu können. Einer der ersten Versuche war die von Direktor Viktorias Gailius herausgegebene Anweisung „Betreffs der Unterrichtssprache in den Schulen“<sup>37</sup>. Sie stellte fest, dass die litauische Sprache in jenen Schulen eingeführt werden solle, deren Schüler mehrheitlich zu Hause Litauisch redeten, während in den Schulen mit mehrheitlich zu Hause Deutsch sprechenden Schülern Deutsch Unterrichtssprache bleiben sollte. Diese Anweisung entsprach dem Statut von 1924, stand jedoch im Widerspruch zu den gegebenen Realitäten im Memelland. Trotzdem waren die Bemühungen nicht umsonst, es mangelte aber an Lehrern und Finanzen. Die Einwohner hatten nur deutsche Schulen besucht, und nicht nur einfache Menschen fürchteten plötzliche Veränderungen – auch erfahrene Persönlichkeiten wie Dr. V. Gaigalaitis, der 1923 Bildungsdezernent war, sprach sich dafür aus, dass Deutsch an den Schulen bleiben solle. Dieses Verhalten wurde von der litauischen Presse als „harte“ Position kommentiert

<sup>35</sup> JOKŪBAS ROBINZONAS, *Klaipėdos krašto konvencijos komentaras* (Kommentar zur Konvention des Memellandes), Bd. 1, Kaunas 1934, S. 59.

<sup>36</sup> Ebd., Bd. 1, S. 303.

<sup>37</sup> *Asakymas kas link mokomosios kalbos mokyklose* (Anordnung über die Schulsprache), in: *Klaipėdos krašto valdžios žinios* (Mitteilungen der Behörde des Memellandes), Nr. 52 vom 11. Mai 1923, S. 40-42.

sowie als mangelnder Wille, sich in die spezifische Situation der Region hineinzusetzen:

„Gaigalaitis war 12 Jahre lang Mitglied des Preußischen Landtags und gehörte während der gesamten Zeit den Deutschen Konservativen an. Er saß während der gesamten Zeit auf zwei Stühlen, wollte den Litauern gut sein, aber – da sei Gott vor – es nicht mit den Deutschen verderben – für Kaiser und Vaterland – natürlich sind diese Ansichten veraltet und dienen keinem neuen Geist und keinen neuen Reformen.“<sup>38</sup>

Kurz darauf zog sich Gaigalaitis aus dem aktiven politischen Leben zurück, kümmerte sich aber bis 1939 noch um die litauischen Schulen im Memelland.

Die Gründung von litauischen Privatschulen war ein wirksames Mittel zur Förderung des Litauischen, umso mehr, da die Gründung dieses Schultyps nicht durch das Statut beschränkt wurde. Ein Schulverein, dessen Tätigkeit von der litauischen Regierung insgeheim – denn das widersprach dem Statut – finanziert wurde, gründete und unterhielt im Memelland Schulen. Ebenso heimlich wurden die deutschen Schulen finanziert, am häufigsten durch den Kulturbund, dessen Losung „Wir brauchen keine litauischen Schulen“ seit dem Beginn seiner Tätigkeit populär war.<sup>39</sup> Bis 1933 glaubte man, dass es gelingen würde, die Gleichberechtigung der litauischen Sprache an den staatlichen Schulen zu sichern. Daher blieb die Anzahl der litauischen Privatschulen anfangs gering (nur 10 von den 237 damals in der Region existierenden Schulen) und nach Angaben von 1929 wurde nur in 57 von 221 staatlichen Schulen Litauisch unterrichtet.<sup>40</sup>

In der litauischen Zeitschrift „Vairas“ (das Steuer), die in der Zwischenkriegszeit populär war, wurde die augenfällige Politisierung der Schulfrage im Memelland benannt:

„Immerhin gibt es so ein Recht [auf die Gleichberechtigung beider Sprachen] im Memelland. Dass es noch nicht realisiert wurde, ist eine politische Angelegenheit. Formal beruht der Mangel darauf, dass es in der litauischen Legislative bis jetzt kein Sprachgesetz gibt, auf Grund dessen man schnell und streng dieses Verfassungs-

<sup>38</sup> Bylėkas. Laiškai iš Klaipėdos (Briefe aus Klaipėda), in: Trimitas, Nr. 166, vom 24. November 1923, S. 21.

<sup>39</sup> Vokiečių „kulturbundai“ Klaipėdoje (Deutsche „Kulturbünde“ in Klaipėda), in: Trimitas Nr. 182 vom 3. April 1924, S. 4.

<sup>40</sup> ŽOSTAUTAITĖ, Klaipėdos kraštas (wie Anm.34), S. 200f., 203.

recht im praktischen Leben des Memellandes umsetzen könnte. Es geht hier um eine politische Frage.“<sup>41</sup>

Bei diesen Erwägungen müsse als Grund konstatiert werden, dass

„unsere Leute mehrere unklare Fragen noch nicht studiert und ergründet haben, die in Regierungsfragen, in den Autonomieorganen und unserer Gesellschaft auftreten und die praktisch gemeinsame Verwaltungsmethoden wie auch die der Autonomiebehörde betreffen. Darum ist uns eine ganze Reihe Fragen im weiteren Sinne noch unklar.“<sup>42</sup>

Dies ist jedoch ein zu jener Zeit selten selbstkritischer Blick auf die Probleme der litauischen Verwaltung im Memelland.

Der Objektivität halber sei noch hinzugefügt, dass verschiedene deutsche Organisationen ebenfalls eine Politisierung der Schulen im Gebiet provozierten. Eine von ihnen war der „Verein für das Deutschtum im Ausland“, der 1929 Briefe an die staatlichen Schulen des Memellands sandte und sie um Informationen über die Situation der Deutschen bat. Im Jahr darauf wies der „Schulverein“ von 160.000 Mark für die deutschen Schulen im Ausland gar 65,5% den Schulen des Memellands zu.<sup>43</sup> Immerhin gab es bis 1933 von keiner Seite aus große Veränderungen in der Schulpolitik: Die litauische Regierung vermied radikale Reformen im Bildungssektor, und Deutschland beschränkte sich durchgängig auf heimliche finanzielle Unterstützung der deutschen Schulen im Memelland.

Nach der Reichsgründung 1871 wurde die Schulsphäre zu einem wichtigen politischen Faktor. Die Bismarck'sche Schulgesetzgebung 1872-1876 führte zu einem wesentlichen Wandel in der preußischen Politik, so dass die litauische Sprache, die sich mehrere hundert Jahre im Bildungssektor gehalten hatte, verbannt wurde.

Es ist offensichtlich, dass Schulen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts herausragende Bedeutung für die angestrebte Germanisierung besaßen. Die Fortsetzung dieser Politik im 20. Jahrhundert erbrachte ein vorhersehbares Resultat: Durch mehrere Generationen hindurch, in denen die Kleinlitauern nur in deutschen Schulen unterrichtet worden waren,

<sup>41</sup> MARTYNAS KAVOLIS, *Klaipėdos krašto mokyklų teisinė būklė* (Die Rechtslage der Schulen im Memelland), in: Vairas (Das Steuer), Bd. XIII (1935), Nr. 1, S. 19.

<sup>42</sup> Ebd., S. 21.

<sup>43</sup> *Kaip vokiečiai rūpinasi savo mokyklomis svetimoje žemėje* (Wie sich die Deutschen um ihre Schulen in fremden Lande kümmern), in: *Naujasis Tilžės keleivis*, 2. Oktober 1929; *Vokiečiai pernai išleido 160.000 Mk. savo mokykloms užsienyje* (Deutschland hat letztes Jahr 160.000 Mark für seine Schulen im Ausland gezahlt), in: *Naujasis Tilžės keleivis*, 19. April 1930.

war Litauisch zu einer Sprache der Dorfbewohner geworden und wurde auch in häuslicher Umgebung immer weniger benutzt. Nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich die Schulsituation in den kleinlitauischen Schulen nicht wesentlich, trotz der in der Weimarer Verfassung garantierten Minderheitenrechte. Während der zwanziger Jahre wurden keine litauischen Schulen in Ostpreußen gegründet. Die Kleinlitauer beanspruchten ihr Recht auf Bildung in der Muttersprache nur unvollständig, was auch daran lag, dass ein Teil der früher in Ostpreußen Aktiven ins Memelland übergesiedelt war. Darüber hinaus tolerierten die ostpreußischen Lokalbehörden keine kleinlitauische Kulturtätigkeit, wozu auch litauische Schulen zählten. Am wichtigsten war der Verlust der nationalen Identität eines bedeutenden Teils der Kleinlitauer als Folge der über mehrere Generationen durchgeführten Germanisierungspolitik. Der Unterschied zwischen der Bismarckära und den zwanziger Jahren bestand in wachsender Demagogie, man deklarierte Minderheitenrechte, ignorierte sie aber in Bezug auf die Kleinlitauer.

Die Bildungssituation im Memelland wurde zu einem wichtigen Faktor der litauischen und deutschen Politik nach 1923 und bewirkte (ungeachtet dessen, dass die Spannungen ihren Höhepunkt erst in den dreißiger Jahren erreichten) schon für den Zeitraum 1923-1930 eine politische Nuancierung der Konkurrenz zwischen litauischen und deutschen Schulen, die besonders durch heimliche Finanzierung beider Seiten und die Tätigkeit litauischer und deutscher Kulturorganisationen beeinflusst wurde, welche die Schulen für ihre politischen Ziele nutzten. Die kleinlitauischen Schulen dienten bereits im halben Jahrhundert von 1918 den imperialistischen Interessen des Deutschen Reiches. Diese Tradition wurde auch in der Weimarer Republik hartnäckig fortgesetzt. Die Politisierung der Schularbeit im Memelland erhielt dabei auf Grund der deutsch-litauischen Interessenkonflikte in den zwanziger Jahren eine recht scharfe Ausprägung.

*Aus dem Litauischen von Ruth Kibelka*